Nr. 292 XXVI. Jahrgang

Freitag, 25. Oktober 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreis
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet für Dresden und Vororte 35 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile 1.50, mit Platzvorschrift 2.—. Für Villen- oder Kunstsatz 10 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach beiliegenden Sätzen. Beilagen berechnet 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Beilegung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.55, „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.22, vierteljährl. Kr. 6.66
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.46, „ „ 7.47
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Die Antwort Wilsons

Personenfragen in der neuen Regierung

Ueberzeugung, nicht Geschicklichkeit!

Der Kanzler hat in seiner großen Rede von den zwei Gruppen gesprochen, deren einer die innere politische Ernte der drei Oktoberwochen wie ein unbesonnener Bauf auf schiefer Ebene erscheine, während die andre nichts darin sehe als ein unsicheres, zögerndes Tasten nach der neuen Staatsform. Wir wollen nicht verhehlen, daß gerade die überzeugtesten Freunde der neuen Regierung manchmal zur zweiten Gruppe gehört haben, und wer die neue Regierung aus der Nähe an ihrer Arbeit sieht, hat gerade auf einem Gebiet allzuoft Anzeichen unsicheren Tastens gesehen, nämlich auf dem der Personalfragen. Man darf heute sagen: zu Unrecht! Die Zeit der neuen Männer war mit den großen Fragen zu sehr belastet, als daß sie an eine durchgreifende Erneuerung des Personenstandes hätten gehen können, ja, selbst die Ressortverteilung unter den neuen Staatssekretären mußte bis heute zurückstehen vor der Arbeit des Notenwechsels und der grundlegenden neuen Gesetzesvorlagen. Aber nun ist es an der Zeit, und man verrät kein Geheimnis, wenn man mitteilt, daß Staatssekretär Erzberger zum größten Teil die Pflicht übernommen hat, zwischen der neuen Regierung und dem Volk als Mittelsmann und Aufklärer tätig zu sein. Allerdings nicht im Rahmen eines Reichspressearmts, wie es anfangs etwas voreilig geplant war, sondern mit der Aufgabe, alte und neue Wege lebendiger Fühlungnahme, auf dem Gebiet der Versammlungen, der Parteireden, der aufklärenden Vorträge zu beschreiten.

Es wäre wünschenswert, wenn die drängenden andern Personalfragen mit demselben guten Griff erledigt würden. Dazu gehört vor allem die Berufung eines neuen Pressechefs, der, sei es als Helfer, sei es als Untergebener des Staatssekretärs Erzberger, das verrottete System offiziöser Pressefühlung zu reorganisieren hätte. Die größte Organisation zur Pressebeeinflussung militärischer Observanz ist ja zur sicheren Auflösung verurteilt; was an ihre Stelle treten muß, ist ein Gremium weniger, aus der Mehrheit hervorgegangener Männer, die ihre Pflicht nicht in einer „Beeinflussung", sondern in Aufklärung und freimütiger Mitteilung sehen. Natürlich werden zahlreiche Namen für diesen wichtigen Posten genannt, den bisher der Ministerialdirektor Deutelmoser inne hatte und bis zur endgültigen Wahl des neuen Mannes noch inne haben wird. Es ist wohl nur ein bösartiger Scherz, daß unter den Kandidaten auch der Name des Abg. Heckscher genannt wird, der einer der fruchtbarsten Schriftsteller unter der Marke „U-Boote heraus!" gewesen ist. Daß böswillige Witzbolde ihn heut scheinbar als Kandidaten aufstellen, ist eine harte, aber nicht ganz ungerechte Strafe für sein ewiges Schwanken während des Kriegs. Sichere Aussichten hat hingegen wohl auch heute noch der fortschrittliche Abg. Haas-Karlsruhe, der am Anfang des Krieges und in dessen Verlauf sein Bekenntnis zum Vaterland nicht in billigen Phrasen abgelegt hat, sondern durch seine Meldung als Kriegsfreiwilliger, und der immer auf dem Boden stand, der heute die Grundlage unsres Staatslebens bildet.

Wer aber auch immer berufen sein wird, der Vertrauensmann der Presse in der Regierung zu sein, ein Grundsatz muß für seine Auswahl ausschlaggebend sein: daß nämlich die neue Regierung nicht advokatorisch vertreten sein darf, sondern aus Gesinnung und Ueberzeugung heraus. Wer, wie die bisherigen Herren, bald so und bald so konnte, Michaelis ebenso zu vertreten vermochte, wie Hertling, und jetzt gar die neue Volksregierung, der mag ein geschickter Anwalt sein, aber auf seine Ueberzeugung wird er sich nicht berufen können. Um so weniger, wenn ihm noch das unbedingte Subordinationsgefühl aus früherer militärischer Stelle in den Knochen liegt. Mit der Umformung des Deutschen Reichs ist die Ueberzeugung im Kurs gestiegen und die bloße Geschicklichkeit gesunken. Das muß ausschlaggebend bei der Berufung besonders der Männer sein, deren Aufgabe es sein soll, Ueberzeugung zu vertreten und zu schaffen.

Hofrat Lammasch über die Antwort Wilsons an Oesterreich-Ungarn

* Wien, 24. Oktober

Ueber die Antwort des Präsidenten Wilson äußerte Herrenhausmitglied Dr. Lammasch: „Ich betrachte die Antwort nicht als so ungünstig, wie sie vielfach aufgefaßt wird. Wenn Wilson erklärt, daß er sich mit dem Vorschlag unsres Auswärtigen Amtes vom 4. d. M. nicht befassen könne, weil seiner Botschaft vom 8. Januar gewisse Ereignisse von größter Bedeutung eingetreten sind usw., so hat sich seither auch unser Standpunkt geändert, und das kaiserliche Manifest spricht nicht mehr von der „bloßen Autonomie der Völker", sondern die österreichische Regierung hat bereits viel weitergehende Zugeständnisse erklärt und damit gleich Wilson einen fortgeschritteneren Standpunkt eingenommen. Wilson verlangt, daß die Tschecho-Slowaken und die Jugoslawen Richter über die Aktionen zu ihrer nationalen Befriedigung sein sollen. Nach meiner Auffassung verweist er damit diese Völker auf den Weg der Verhandlungen mit den übrigen Völkern und den Regierungen der Monarchie, was bekanntlich Tschechen und Südslawen bisher ablehnten, und er schließt die Verhandlungen zu ihrer nationalen Zufriedenstellung vom Friedenskongreß aus. Dies erscheint mir besonders bemerkenswert und jedenfalls eine Verschiebung zu unsern Gunsten. Es kann auch, wie ich die Verhältnisse kenne, mit Bestimmtheit erwartet werden, daß die nächste Antwort Wilsons entgegenkommender sein wird, sobald die von ihm gewünschten Verhandlungen begonnen sein werden."

Entgegenkommende Haltung, weitere Garantieforderungen

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

Berlin, 24. Oktober

Die Antwort des Präsidenten Wilson auf die deutsche Note ist gestern dem schweizerischen Gesandten zur Uebermittlung nach Berlin übergeben worden. Der Text der Antwort ist gleichzeitig in Amerika veröffentlicht und durch Funkspruch und Kabel weitergegeben worden. Der englische Text ist heute mittag mit geringen Abweichungen vom deutschen in Berlin eingetroffen. Die Veröffentlichung wird baldigst erfolgen. Wie ich zuverlässig erfahre, sagt Wilson in der Note zunächst, er habe nunmehr den Eindruck, daß die demokratische Regierung vorhanden und der Ausdruck des deutschen Volkswillens sei. In diesem Vertrauen gebe er seinen Verbündeten den Vorschlag für einen Waffenstillstand weiter. Voraussetzung dafür sei aber, daß die jetzige Regierung und das demokratische Regiment endgültig seien. Dafür müßten die Alliierten gewisse Garantien fordern. Es müsse Sicherheit dafür geschaffen werden, daß nicht bei Beginn oder während der Friedensverhandlungen wiederum Uebergriffe unverantwortlicher und absolutistischer Mächte, also der Militärpartei, oder persönliche Eingriffe des Königs von Preußen und Bestrebungen der früheren Art sich geltend machen könnten zu dem Zwecke, die Regierung wieder an sich zu reißen und das absolutistische Regiment an Stelle der Volksregierung zu setzen.

Außer Garantien für die Sicherheit und Dauer der jetzigen Regierung müßten der Präsident und seine Verbündeten auch Garantien dafür verlangen, daß mit dem Beginn des Waffenstillstandes der Krieg ein für allemal aufhöre und nicht plötzlich von neuem wieder begonnen werde.

In Berlin nimmt man an, daß die Garantien in bezug auf die Sicherheit und Dauerhaftigkeit der Volksregierung als solche rein verfassungsmäßiger Art gemeint sind, während es sich bei der Gewährleistung dafür, daß der Kriegszustand nach dem Waffenstillstand und während der Verhandlungen nicht wieder eröffnet werde, offenbar um reale militärische Garantien handelt, deren Art im Einzelnen in der Antwortnote des Präsidenten nicht genauer bezeichnet wird. Die Note ist zweifellos insofern als der Annäherung an den Frieden und zunächst den Waffenstillstand günstig anzusehen, als Wilson darin sein Vertrauen zu der jetzigen Regierung bekundet und auf Grund dieses Vertrauens seine Bereitwilligkeit ausspricht, den Vorschlag des Waffenstillstandes an seine Verbündeten weiterzugeben.

Der Imperialismus der Entente

Bezeichnend für das Streben gewisser amerikanischer Kreise nach einem Gewaltfrieden ist das Drängen nach einer

Revision des Wilson-Programms

das vom amerikanischen Senat betrieben wird. Wilson hat ja in seiner Antwort an die Wiener Regierung bereits den Anfang damit gemacht:

g. Genf, 24. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Ein New-Yorker Telegramm des „Temps" besagt, daß der Senatsausschuß in seiner letzten Freitagsitzung sich in der Mehrheit seiner Redner für eine neue Formulierung der vierzehn Friedensgrundsätze des Präsidenten ausgesprochen hat, um diese in Uebereinstimmung mit den berechtigten nationalen Aspirationen der Verbündeten zu bringen. — „Echo de Paris" gibt ein New-Yorker Stimmungsbild wieder, wonach die vorherrschende Auffassung in New-York über die Aussichten der deutschen Note die sei, daß sie eine Fortsetzung der gegenseitigen Erörterungen und vielleicht die Möglichkeit baldiger Vorschläge des Präsidenten bringt. Man rechnet entweder auf diesem Wege oder auf dem der Fortsetzung des Krieges bis Ende dieses Jahres die Niederwerfung des Feindes erreicht zu haben.

g. Genf, 24. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Lyoner Blätter enthalten einen Bericht über den Empfang der Abgeordneten der besetzt gewesenen Gebiete bei General Foch. Der General sprach die Hoffnung aus, daß die Befreiung der besetzten Gebiete eine endgültige bleibe. Der Feind sei noch von gewaltiger Stärke und die kommenden Kämpfe würden neue große Opfer von Heer und Heimat verlangen.

(kf)

Auch in den Wandelgängen der französischen Kammer wurde die deutsche Antwort eifrig besprochen. Nach einem Telegramm aus Genf fand man die Note zweideutig, und man kam zu dem Schluß, daß Washington die deutsche Note wahrscheinlich nicht in Erwägung ziehen werde, womit man offenbar eine freundliche Belehrung des Präsidenten Wilson bezweckt.

*

Die Ausschaltung der italienischen Kammer

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

z. Zürich, 24. Oktober

Wie „Secolo" aus Rom meldet, soll die italienische Kammer nunmehr am 10. Dezember zusammentreten. Nach einer Mitteilung der Regierung an den Kammerpräsidenten sei die Erwartung berechtigt, daß zu diesem Zeitpunkt die Erörterung der allgemeinen militärischen und politischen Lage keinen Schwierigkeiten und Beschränkungen mehr unterliegen werde.

*

Englische Ersatzansprüche

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

s. Basel, 24. Oktober

Die Londoner „Times" melden: Englands Schadenersatzforderungen für die versenkte Handelstonnage und die versenkten Menschenleben dürften zwischen 8 und 15 Milliarden Schilling betragen.

*

Friedenskundgebungen der englischen Arbeiter

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

s. Basel, 24. Oktober

„Daily News" melden, daß die englische Arbeiterpartei für die kommenden Sonntage in den Arbeiterbezirken Massenversammlungen einberufen hat, um in der Friedensfrage zu demonstrieren.

Deutsche Entschädigungen an Belgien?

(Privattelegramm)

+ Bern, 24. Oktober

Die „Times" verbreiten auf Grund belgischer Angaben die Nachricht, daß die von Deutschland an Belgien gezahlten Summen 10 Milliarden Franken betragen. In dieser Summe sind die infolge der Schäden und Requisitionen seit Januar 1915 erlittenen Verluste Belgiens nicht einbegriffen.

Das Ergebnis des U-Boots-Krieges im September

× Berlin, 23. Oktober. (Amtlich)

Im Monat September haben die Mittelmächte rund

440000 Bruttoregistertonnen

des für unsre Feinde nutzbaren Handelsschiffsraumes vernichtet. Nach neuen Nachrichten sind außerdem weitere 86000 Br.-R.-T. Schiffsraum durch unsre kriegerischen Maßnahmen schwer beschädigt in feindliche Häfen eingebracht.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Lage in Sachsen

Beratungen der Parteiführer mit Regierungsvertretern

Die Vertreter der verschiedenen Fraktionen des Landtages traten heute vormittag ½11 Uhr im Ständehaus zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. In dieser wurde die durch den Rücktritt der Minister Dr. Beck und v. Seydewitz geschaffene Lage besprochen, um eine Grundlage für die künftige Gestaltung der Verhältnisse zu schaffen.

An den Besprechungen nahmen teil Präsident Dr. Vogel, die Abgeordneten Nitzsche, Dr. Nietthammer, Dr. Seyfert, Günther, Brodauf, Fröhdorf, Sindermann, und Held sowie von der Regierung Staatsminister Graf Vitzthum und Geheimrat Dr. Schmitt. Konservative Abgeordnete nahmen an den Verhandlungen nicht teil. In den Besprechungen wurde die Schaffung eines Staatsrates (wie in unserm Artikel bereits vorgeschlagen und verfassungsmäßig begründet. D. Red.) beraten. Dieser soll sich befassen mit der Errichtung neuer Ministerien, der Besetzung der Ministerstellen, der Ueberleitung der Geschäfte in die neuen Verhältnisse und über die notwendig werdenden Verfassungsänderungen.

In den Beratungen, die nur vorbereitenden Charakter trugen, wurde zwischen den Vertretern der Regierung und der Mehrheitsparteien im allgemeinen eine Einigung auf der angegebenen Basis erzielt. Die Regierung soll sich nun mit den Fraktionen verständigen und in einer Sitzung, die am Freitag nachmittag im Ständehaus abgehalten werden soll, ihre Vorschläge den Parteien unterbreiten.

Der deutsch-österreichische Volksstaat

Von unserm ld-Mitarbeiter

Wien, 22. Oktober

Es fehlt die Distanz, um die Bedeutung der Ereignisse, die sich jetzt in der Monarchie sprunghaft und unaufhaltsam vollziehen, in ihrer Bedeutsamkeit voll zu erkennen. Man hat mehr die Empfindung für die Wucht der Geschehnisse, als das Verständnis dafür. Aber diese Empfindung ist überwältigend. Man erlebt den Zusammenbruch eines Staates, dessen Bestand selbst seine Gegner bisher für eine europäische Notwendigkeit erklärt hatten. Man erkennt wohl jetzt, wie unterhöhlt er gewesen sein muß, wie brüchig und rissig, wenn sein Sturz so jählings sich vollzieht. Viele wenden sich mit einem Ruck von ihm ab und kehren ihm den Rücken, manche klagen über die Abkehr vom Altgewohnten. Man begreift diese Empfindungen und würdigt sie. Allein zu Sentimentalitäten ist keine Zeit. Man muß dem Neuen, dem Werdenden scharf ins Auge sehen und es zu fassen, zu formen, zu meistern versuchen. Entschlüsse und Taten fordert die Stunde.

Das haben die Deutschen in Oesterreich rechtzeitig erkannt, dessen sind sie sich im Drange des Augenblickes bewußt geworden. Das Wanken und Schwanken und Lavieren ist vorbei. Man hat die Gefahren gesehen, die dem eigenen Volkstum drohen, wenn man tatenlos der Machtbildung der andern zusieht und wie bisher immer nur auf die „hohe Regierung" blickt, daß sie aus dem Jammer herausführe und den Wirrwarr beseitige. Man erkennt, daß die Dämmerung des Obrigkeitsstaates angebrochen, daß seine Herrschaft zu Ende geht. Und man erkennt weiter, daß, wenn das Alte stürzt und aus den Ruinen neues Leben sprießen soll, dieser Wandel nicht von oben, sondern vom Volke selbst getan werden muß. Wenn die Selbstbestimmung der Völker, die die obersten Staatsfaktoren verkündet haben, nicht Rauch und Schall bleiben soll, müssen die Völker selbst sie in die Tat umsetzen.

Das deutsche Volk in Oesterreich ist dazu entschlossen und hat die Umformung bereits selbst in die Hand genommen. Die provisorische Nationalversammlung Deutsch-Oesterreichs, bestehend aus sämtlichen in deutschen Wahlbezirken nach allgemeinem, gleichem und direktem Wahlrechte gewählten Abgeordneten ohne Unterschied der Partei, hat den Staat Deutsch-Oesterreich proklamiert und einen Vollzugsausschuß bestellt, der gleichsam eine Regierung dieses Staates verkörpert. Damit hat sich Deutsch-Oesterreich von dem Schicksal des alten Gebildes losgelöst, und dieses in die eigene Hand genommen, wie es die slawischen Völkerschaften der Monarchie, diesseits wie jenseits der Leitha, schon getan hatten. Die Deutschen Oesterreichs fühlten und erkannten, daß sie nicht allein als erratischer Block auf den Trümmern des von der Regierung selbst zerschlagenen alten Staates stehen bleiben können, sondern trachten müssen, ihr Volkstum zu wahren, ihre Interessen und Bedürfnisse vor Schädigung zu hüten, ihre gegenwärtige und zukünftige Existenz zu sichern. Das kann jetzt nur im eigenen Staate geschehen, dessen Regierung das deutsche Volk in Oesterreich selbst in die Hand nimmt.

Allein mit diesem formalen Akt ist nicht alles getan. Der Vollzugsausschuß muß handeln. Die Tschechen erklären, sich mit „Wien" in keine Verhandlungen einlassen zu wollen, und diesen Standpunkt vertreten nicht nur die Abgeordneten und Volksräte der Tschechen, sondern es haben gestern auch die zwölf tschechischen bürgerlichen Mitglieder des Herrenhauses ihre volle Solidarität mit ihren kommunalen Abgeordneten und Nationalräten verkündet. Man muß nun daran gehen, die beiden Nationalräte oder Vollzugsausschüsse an den Verhandlungstisch zu bringen, man muß versuchen, von Volk zu Volk eine vorläufige Verständigung über die wichtigsten, die brennendsten Dinge herbeizuführen. Man muß diesen Versuch machen. In der Sitzung der deutschen Nationalversammlung haben alle Redner auf die schlimmen Ernährungsverhältnisse, auf die Hungersnot hingewiesen, die Deutsch-Oesterreich droht, und alle haben verlangt, daß die Nationalversammlung sich mit dieser bedrohlichen Lage beschäftige, nachdem die Ernährungspolitik der Regierung vollständig verkracht ist; insbesondere haben die Vertreter von Wien und Tirol gebeten, sich der von ihnen vertretenen Gebiete anzunehmen. Es wurde auch ein besonderer Ernährungsausschuß eingesetzt, der sich mit den Vertretungen der andern Nationen und mit ausländischen Regierungen wegen Sicherung der Lebensmittelzufuhr nach Deutsch-Oesterreich in Verbindung zu setzen hat. Da ist zu allererst der Hebel anzusetzen, denn da droht die unmittelbarste Gefahr, weil infolge der Sperre der Zufuhr durch die ungarische Regierung und den tschechischen Nationalrat eine Katastrophe für Deutsch-Oesterreich, namentlich für Wien, im Anzug ist.

Niemand gibt sich darüber einer Täuschung hin, daß in der deutschen Nationalversammlung und in dem von ihr bestellten Vollzugsausschuß verschiedene Parteirichtungen und verschiedene Weltanschauungen — Deutschnationale, Christlich-Soziale, Sozialdemokraten — vertreten sind. Allein man hofft, ja man erwartet bestimmt, daß, wie die Not der Zeit sie zusammengeführt hat, sie auch einträchtig zusammenwirken werden, bis die Not vorüber ist. Keine Partei braucht ihre Grundsätze aufzugeben, aber alle müssen zusammenstehen, um der ungeheuren, sich täglich mehr auftürmenden Schwierigkeiten Herr zu werden. Man wird versuchen, als Volksstaat mit den andern Volksstaaten sich auseinanderzusetzen. Sollte dies nicht gelingen, dann sind alle Parteien fest entschlossen, als deutsch-österreichischer Bundesstaat sich dem Deutschen Reiche anzugliedern.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19181025/1